

Freiheit: Bericht über Frieden und demokratische Rechte

November 2017



Inhalt

1. Einführung	3
2. Demokratie und Menschenrechte stehen unter Beschuss	5
3. Die Ungleichheit wächst	7
4. Die Konflikte weiten sich aus und mehr Menschen flüchten	10
5. Frieden, Demokratie und Freiheit zurückgewinnen.....	13

1. Einführung

Frieden, Gleichstellung, Demokratie: In einer zerrissenen Welt sind die Gewerkschaftswerte nach wie vor der beste Weg, um Wohlstand und Sicherheit zu erreichen, und dank unserer Organisierungskapazitäten verfügen wir über die zum Kampf für Gerechtigkeit überall notwendigen Instrumente.

Menschenwürdige Arbeit und demokratische Rechte werden in nahezu allen Ländern untergraben, während die Ungleichheit immer größer wird. Extremismus und Fremdenfeindlichkeit sind auf dem Vormarsch, und das Gefühl der Unsicherheit in der Bevölkerung wird von Chauvinisten der extremen Rechten manipuliert. Das globale Wirtschaftsmodell kommt erwerbstätigen Menschen nach wie vor nicht zugute, und die daraus resultierende Arbeitslosigkeit und Verzweiflung schaffen die Bedingungen, unter denen Kriminalität und Fundamentalismus gedeihen können. Fundamentalistische Terrorgruppen haben es zu leicht, junge Menschen zu rekrutieren, die keine Aussicht auf eine gute Arbeit haben.

Das nach dem Horror des Zweiten Weltkrieges aufgebaute und auf den Vereinten Nationen basierende internationale System ist nie perfekt gewesen, aber es hat uns ein unerlässliches Instrument an die Hand gegeben, um bewaffnete Konflikte zu verringern. Dieses System ist jetzt in Gefahr.

In mindestens 23 Ländern wüten Kriege, und die meisten Regierungen sind entweder direkt oder indirekt (durch Waffengeschäfte bzw. die Beteiligung an Friedensmissionen) in Konflikte verwickelt. Das Abrutschen der Türkei in die Autokratie und die Verfolgung der Rohingya in Myanmar zeigen, wie fragil der Frieden und die Demokratie sind.

Angesichts des unverantwortlichen Krätemessens zwischen Nordkorea und den USA leben die Menschen einmal mehr in der begründeten Angst vor dem Einsatz von Atomwaffen. Der Waffenhandel muss eingeschränkt werden, und die Abschaffung von Atomwaffen und anderer Massenvernichtungswaffen muss dabei höchste Priorität haben. Die Verleihung des Friedensnobelpreises an die Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ist ein Symbol der Hoffnung, die die Welt braucht.

Mehr als 150 führende Vertreter indigener Bevölkerungsgruppen, Umweltaktivisten und Naturschützer auf drei Kontinenten wurden während des Jahres 2017 bei ihren Bemühungen um den Schutz ihrer Gemeinschaften, ihres Landes und ihrer Umwelt getötet.¹

Für die Gewerkschaften und die Zivilgesellschaft ist dies keine leichte Zeit. Die demokratischen Spielräume schwinden, und die Menschen- und die Arbeitnehmerrechte sind überall auf der Welt in Gefahr. Der IGB unterstützt Schwedens 'Globalen Deal' zur Verbesserung des Dialogs zwischen Regierungen und Gewerkschaften als Licht der Hoffnung.

Die Verpflichtung der Regierungen zur Umsetzung der nachhaltigen Entwicklungsziele und des Pariser Klimaschutzabkommens geben Anlass zur Hoffnung, aber dieselben Regierungen haben bisher nicht den Willen bekundet, gegen die Profitgier der Unternehmen vorzugehen oder die Korruption und die um sich greifende Steuerumgehung zu beenden.

Erwerbstätige Menschen brauchen zudem einen gerechten Übergang zu einer Wirtschaft ohne Kohlenstoffemissionen, und sie müssen die Fähigkeiten erwerben, die notwendig sind, um ihren Lebensunterhalt und eine gesunde Zukunft für unseren Planeten zu garantieren.

Es sind massive Veränderungen erforderlich, um die nachhaltigen Entwicklungsziele und das Pariser Klimaabkommen umzusetzen. Das bedeutet, dass die Regeln für die Weltwirtschaft neu definiert werden müssen, was 85% der Menschen weltweit befürworten, wie die Weltweite Umfrage des IGB ergeben hat.

Wirtschaftliche Sicherheit kann zwar nicht alle Konflikte beilegen, aber sie sorgt dafür, dass sich die Rahmenbedingungen für das Vertrauen in die Demokratie entwickeln können. Zu diesen Bedingungen gehören geteilter Wohlstand durch gerechte Löhne, Sozialschutz für alle, Vereinigungsfreiheit und Tarifverhandlungen. Ebenso unerlässlich ist Steuergerechtigkeit, um den Sozialschutz und aus öffentlichen Mitteln finanzierte Gesundheits- und Bildungssysteme auszuweiten.

Rund 84% der Menschen sagen, dass der Mindestlohn in ihrem Land nicht ausreicht, um davon zu leben. Es ist offensichtlich, dass die derzeitige Ungleichheit historischer Ausmaße ohne eine Lohnerhöhung nicht in den Griff zu bekommen sein wird.

Die G20-Länder sind sich der Gefahr bewusst und haben in diesem Jahr erklärt, dass die Arbeitnehmerrechte im Zuge des Wettbewerbs der einzelnen Länder um Investitionen nicht beschnitten werden dürfen. Die Staats- und Regierungschefs der größten Volkswirtschaften der Welt haben betont, dass auch die Unternehmen dafür Verantwortung tragen.

Die Zahl der Länder, in denen erwerbstätige Menschen körperlicher Gewalt und Drohungen ausgesetzt sind, hat sich innerhalb nur eines Jahres um 10 Prozent erhöht – Globaler Rechtsindex des IGB

¹ <https://www.theguardian.com/environment/2017/oct/11/2017-deadliest-on-record-for-land-defenders-mining-logging>

Die Gewerkschaften stehen stets an vorderster Front, wenn es darum geht, für Frieden, Demokratie und Menschenrechte zu kämpfen. Sie kämpfen für ein Ende der Gewalt gegenüber Frauen, arbeiten über ethnische Gemeinschaften hinweg und gegen Rassismus, und sie setzen sich für die Rechte von Migrant*innen und Flüchtlingen ein.

















Wir müssen in unseren Gewerkschaften dafür sorgen, dass die älteren Mitglieder ihre jahrzehntelangen Erfahrungen an jüngere Kolleg*innen und Kollegen weitergeben, und wir

müssen den jüngeren Gewerkschafter*innen und Gewerkschaftern genügend Spielraum verschaffen, damit sie ihre Fähigkeiten zur Gestaltung einer besseren Welt entwickeln können.

Gemeinsam können wir es schaffen, die Zukunft so zu gestalten, wie die Menschen es wollen.

**Sharan Burrow, Generalsekretärin,
Internationaler Gewerkschaftsbund**

Weltweite Umfrage des IGB 2017: Die größten Sorgen in den einzelnen Ländern

USA		Verlust des Arbeitsplatzes (61%)
Kanada		Wachsende Ungleichheit zwischen dem reichen Prozent und dem Rest der Bevölkerung (73%)
Großbritannien		Wachsende Ungleichheit zwischen dem reichen Prozent und dem Rest der Bevölkerung (62%), Cyber-Angriffe auf Banken, Regierungen und andere Institutionen (62%)
Frankreich		Wachsende Ungleichheit zwischen dem reichen Prozent und dem Rest der Bevölkerung (78%)
Deutschland		Wachsende Ungleichheit zwischen dem reichen Prozent und dem Rest der Bevölkerung (79%)
Belgien		Wachsende Ungleichheit zwischen dem reichen Prozent und dem Rest der Bevölkerung (73%)
Brasilien		Verlust des Arbeitsplatzes (93%)
Japan		Cyber-Angriffe auf Banken, Regierungen und andere Institutionen (82%)
Südafrika		Verlust des Arbeitsplatzes (91%)
China		Wachsende Ungleichheit zwischen dem reichen Prozent und dem Rest der Bevölkerung (65%)
Indien		Cyber-Angriffe auf Banken, Regierungen und andere Institutionen (85%)
Russland		Verlust des Arbeitsplatzes (78%)
Argentinien		Verlust des Arbeitsplatzes (86%)
Guatemala		Verlust des Arbeitsplatzes (92%)
Dänemark		Klimawandel (69%)
Südkorea		Wachsende Ungleichheit zwischen dem reichen Prozent und dem Rest der Bevölkerung (87%)

theguardian

“ **NATO-Generalsekretär: Die Welt befindet sich am gefährlichsten Punkt seit einer Generation** ”

2. Demokratie und Menschenrechte stehen unter Beschuss

Demokratie und Grundrechte bilden das Fundament der Freiheit in einer fairen und gerechten Gesellschaft, aber diese zentralen Werte sind durch Unterdrückung und Profitgier in beispielloser Weise unter Beschuss geraten.

Aus dem 2017 veröffentlichten Forschungsbericht „Global Estimates of Modern Slavery“ geht hervor, dass mindestens 89 Millionen Menschen während der letzten fünf Jahre zum einen oder anderen Zeitpunkt Opfer von Sklaverei geworden sind. Noch nicht einmal berücksichtigt sind dabei staatlich auferlegte Bedingungen, die moderne Sklaverei zur Folge haben. Bei Zugrundelegung dieser Methodik kämen 17 Millionen Zwangsarbeiter allein in den arabischen Staaten² hinzu, und in Brasilien hat die Abschaffung staatlicher Maßnahmen zur Bekämpfung von Zwangsarbeit dazu geführt, dass Tausende Arbeitskräfte in der Landwirtschaft Sklaverei ausgesetzt sind.

Auch Unternehmen tragen zu Menschen- und Arbeitnehmerrechtsverletzungen bei. Rund 94% der entlang globaler Lieferketten Beschäftigten verfügen über keinen wirksamen gesetzlichen Schutz und sehen sich gezwungen, informelle, unsichere und prekäre Tätigkeiten zu akzeptieren.³

Die Beschäftigten bemühen sich daher um die Organisation von Gewerkschaften, um dieser konzertierten Ausbeutung durch Regierungen und große Konzerne entgegenzutreten, aber der fehlende Respekt vor der Demokratie und der Vereinigungsfreiheit hat zu immensen Hindernissen geführt, wenn es darum geht, ihre Rechte einzufordern.

In vielen Ländern sind die Rechte unter dem Deckmantel von Sicherheitsmaßnahmen angesichts terroristischer Bedrohungen unter Beschuss geraten. In anderen Ländern werden Sparmaßnahmen und Bemühungen um ausländische Investitionen dazu verwendet, um repressive Gesetze und Maßnahmen zu rechtfertigen, die der demokratischen Teilhabe schaden.

In mindestens 60% der Länder sind bestimmte Gruppen von Beschäftigten, oftmals diejenigen, deren Arbeitsbedingungen am prekärsten sind, vom Arbeitsrecht ausgeschlossen.

Die Zahl der Länder, in denen Beschäftigte aufgrund ihrer Gewerkschaftsarbeit getötet wurden, hat sich 2017 von 10 im Vorjahr auf 11 erhöht, und die Zahl der Länder, in denen die Arbeitnehmer/innen Gewalt ausgesetzt waren, einschließlich

Drohungen, Entführungen und körperlicher Gewalt seitens der staatlichen Sicherheitskräfte oder Verbrecherbanden im Dienste der Arbeitgeber, ist von 52 auf 59 gestiegen.⁴

In 59 Ländern wurden Angriffe auf Gewerkschaftsmitglieder dokumentiert, Globaler Rechtsindex des IGB

Die zehn schlimmsten Länder für erwerbstätige Menschen sind im Jahr 2017 Katar, die VAE, Ägypten, die Philippinen, Kolumbien, Kasachstan, die Republik Korea, Guatemala, die Türkei und Bangladesch.

NAHOST/NORDAFRIKA

Die Region Nahost/Nordafrika ist weiterhin die schlimmste Region der Welt für erwerbstätige Menschen. Obwohl Wanderarbeitskräfte den Großteil der Erwerbsbevölkerung in den Golfstaaten ausmachen, wird ihnen ihr Recht auf Vereinigungsfreiheit und auf Tarifverhandlungen verweigert.

Die 5 schlimmsten Länder

- Ägypten
- Katar
- Saudi-Arabien
- VAE
- Algerien

EUROPA

Die jahrelangen Sparmaßnahmen haben den Spielraum für Tarifverhandlungen eingeschränkt, und die Dezentralisierung der Verhandlungen auf die betriebliche Ebene hat massive Auswirkungen.

Die 5 schlimmsten Länder

- Weißrussland
- Griechenland
- Kasachstan
- Türkei
- Ukraine

² http://www.ilo.org/wcmsp5/groups/public/---dgreports/---dcomm/documents/publication/wcms_436343.pdf

³ IGB-Frontlines-Bericht 2016: Skandal: Einblick in die globalen Lieferketten von 50 Spitzenunternehmen <https://www.ituc-csi.org/new-ituc-report-exposes-hidden>

⁴ Globaler Rechtsindex des IGB 2017 <https://www.ituc-csi.org/ituc-global-rights-index-2017>

ASIEN/PAZIFIK

In der asiatisch-pazifischen Region haben die Beschäftigten Anlass zur Besorgnis, da die dortigen Machthaber und Wirtschaftsvertreter den Wettlauf nach unten bezüglich der Arbeitnehmerrechte fortsetzen.

Die 5 schlimmsten Länder

- Bangladesch
- Kambodscha
- Südkorea
- Philippinen
- Pakistan

Während die Einkommen in China zwar steigen, dauern die Verweigerung der Vereinigungsfreiheit und die Menschenrechtsverletzungen an, durch die die Opposition zum Schweigen gebracht und bestraft wird.

GESAMTAMERIKA

Die Lage ist weiterhin gefährlich, und die Arbeitnehmer/innen müssen um ihr Leben fürchten, wenn sie für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen kämpfen.

Die 5 schlimmsten Länder

- Kolumbien
- Ecuador
- Guatemala
- Honduras
- Mexiko

AFRIKA

Grundlegende Rechte sind nur unzureichend geschützt, vor allem in der informellen Wirtschaft. Viele Länder haben mit Konflikten zu kämpfen und Mühe, der Rechtsstaatlichkeit Geltung zu verschaffen.

Die 5 schlimmsten Länder

- Benin
- Nigeria
- Swasiland
- Sambia
- Simbabwe

Globaler Rechtsindex des IGB 2017



Arbeitnehmerrechtsverletzungen



60%

der Länder schließen Beschäftigte aus vom Recht auf die Gründung von oder den **Beitritt zu Gewerkschaften**



83%

der Länder verletzen das **Streikrecht**



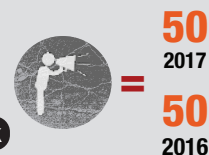
82%

der Länder verletzen das Recht auf **Tarifverhandlungen**

Länder, die Beschäftigte körperlicher Gewalt aussetzen:

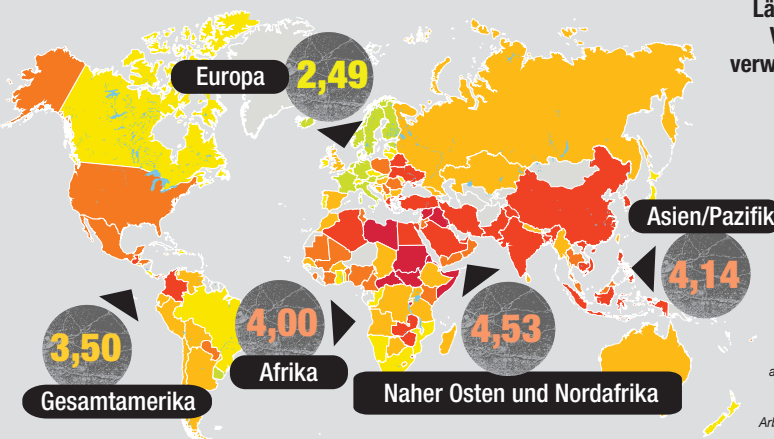


Länder, die die Rede- und Versammlungsfreiheit verweigern oder beschränken:



Ergebnisse pro Region

- **5+** Rechte nicht garantiert wegen des Zusammenbruchs der Rechtsstaatlichkeit
- **5** Rechte nicht garantiert
- **4** Systematische Rechtsverletzungen
- **3** Regelmäßige Rechtsverletzungen
- **2** Wiederholte Rechtsverletzungen
- **1** Keine regelmäßigen Rechtsverletzungen
- Keine Angaben



Der Globale Rechtsindex des IGB 2017 berücksichtigt zwischen April 2016 und März 2017 vom IGB dokumentierte Verletzungen international anerkannter kollektiver Arbeitnehmerrechte durch Regierungen und Arbeitgeber in 139 Ländern. Jedes Land wird anhand einer Liste von 97 Indikatoren analysiert, die auf den Übereinkommen und der Rechtsprechung der ILO basieren und Arbeitnehmerrechtsverletzungen in Gesetzgebung und Praxis darstellen.

3. Die Ungleichheit wächst

Die Ungleichheit wird größer, sowohl innerhalb von als auch zwischen einzelnen Ländern. Acht Milliardäre verfügen über so viel Wohlstand wie die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung zusammen⁵, und das gemeinsame Vermögen von 50 Unternehmen entspricht dem Wert von 100 Nationen.⁶

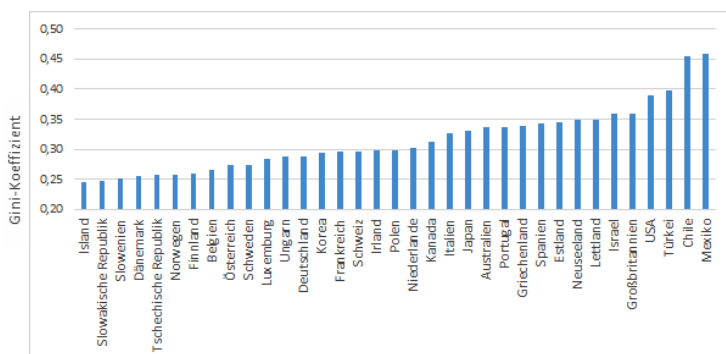
Gemessen am BIP-Wachstum ist die Welt heute dreimal reicher als vor 30 Jahren, aber 80% der Beschäftigten leben am Rande des Existenzminimums.

Die Ungleichheit trägt nicht nur zu mehr Armut bei und gefährdet den sozialen Zusammenhalt⁷, sondern untergräbt auch nachhaltige wirtschaftliche Fortschritte.⁸

Die Kluft zwischen Arm und Reich wird durch regressive steuerpolitische Maßnahmen und die weitverbreitete Steuervermeidung, niedrige Lohnzuwächse, das Fehlen existenzsichernder Mindestlöhne und unzureichende Sozialschutzsysteme immer größer. Eine wichtige Rolle haben auch der geringe gewerkschaftliche Organisationsgrad und die Dezentralisierung des Tarifprozesses in einigen Ländern gespielt. Einer Schätzung zufolge ist das Ausmaß der Tarifbindung zu 50% für die Varianz der Lohnungleichheit verantwortlich.⁹

Die Dominanz multinationaler Unternehmen hat häufig Outsourcing zu geringstmöglichen Kosten zur Folge, was es großen, unterbesteuerten Unternehmen ermöglicht, auf der Grundlage niedriger Löhne und erbärmlicher Arbeitsbedingungen miteinander zu konkurrieren und Profite zu machen.

Grafik: Ungleichheit (Gini-Koeffizient) unter OECD-Ländern (2015 oder das letzte erfasste Jahr)



Quelle: OECD-Datenbank zur Einkommensverteilung

5 Oxfam (2017) An Economy for the 99 Per Cent: <https://www.oxfamamerica.org/explore/research-publications/an-economy-for-the-99-percent/>
6 IGB (2016) Skandal: Einblick in die globalen Lieferketten von 50 Spitzenunternehmen: https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/frontlines_scandal_de.pdf
7 d'Hombres, B., Weber, A., & Elia, L. (2012) Literature review on income inequality and the effects on social outcomes
8 Wilkinson, R. and Pickett, K. (2009) *The Spirit Level, Why More Equal Societies Almost Always Do Better*.
9 Visser (2015) Data Base on Institutional Characteristics of Trade Unions, Wage Setting, State Intervention and Social Pacts (ICTWSS)

Löhne

Die Löhne stagnieren in vielen Ländern, auch nach der Konjunkturerholung, wobei höher qualifizierte Beschäftigte vielfach schneller mehr verdienen als diejenigen mit mittleren und niedrigen Einkommen. Die Zunahme prekärer Arbeitsverträge und von Teilzeittätigkeiten führt zu mehr Geringverdienern und zu einer Polarisierung des Arbeitsmarktes. Mit dem zunehmenden Druck auf die Mittelschicht wird das Lohngefälle größer.¹⁰

In Großbritannien hat jede/r achte Beschäftigte Mühe, genügend Geld für Nahrungsmittel aufzubringen.¹¹

Mindestlöhne haben sich als wichtiges Instrument für den Abbau der Lohnungleichheit erwiesen. Sie liefern 'Lohnuntergrenzen' für Geringverdiener und treiben die Löhne der am schlechtesten bezahlten Arbeitskräfte nach oben.¹² In den meisten Ländern reichen die Mindestlöhne jedoch nicht aus, um die Grundbedürfnisse der Beschäftigten und ihrer Familien zu decken, und in vielen Ländern gibt es überhaupt keinen Mindestlohn.

Eine Anhebung des Mindestlohns auf ein Niveau, von dem die Menschen leben können, würde einen Bruchteil dessen ausmachen, was die großen Konzerne an Gewinnen einstreichen, die zum Teil 17.000 \$ für jede Arbeitskraft in ihrer Lieferkette betragen.¹³

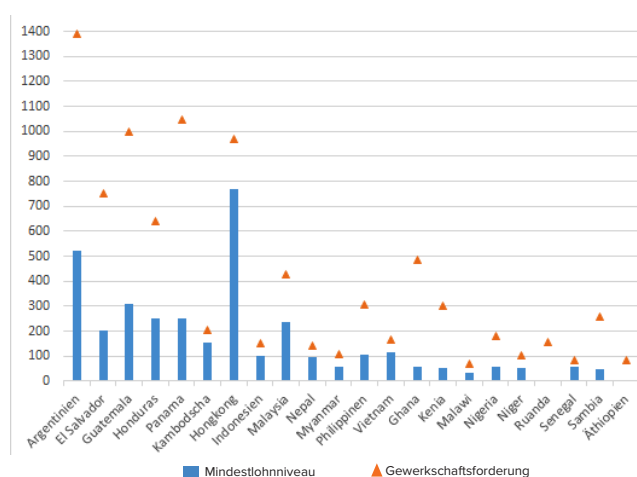
Während des Jahres 2016 hatten weltweit 108 Millionen Menschen unter Ernährungsrisiken zu leiden, verglichen mit rund 80 Millionen im Jahr 2015, was einer Erhöhung um 35% entspricht (Weltbericht über Ernährungsrisiken 2017). Weitere 123 Millionen Menschen waren von 'Nahrungsstress' betroffen, so dass während des Jahres 2016 etwa 230 Millionen Menschen unter Ernährungsunsicherheit zu leiden hatten, 72% davon in Afrika.

10 OECD (2015) *In it together: why less inequality benefits all*
11 https://www.theguardian.com/society/2017/sep/07/one-in-eight-workers-struggle-to-afford-food-finds-tuc-survey?CMP=Share_iOSApp_Other
12 IAO (2017) Global Wage Report 2016/2017
13 IGB (2016) Skandal: Einblick in die globalen Lieferketten von 50 Spitzenunternehmen https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/frontlines_scandal_de.pdf

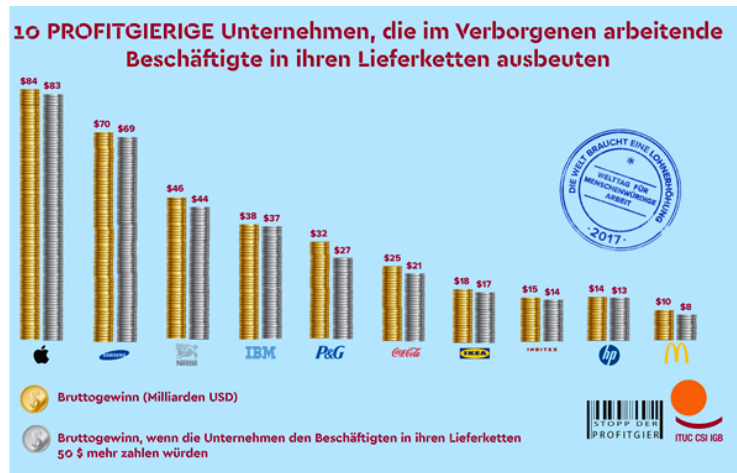
Die Nichteinhaltung der Mindestlohngesetze ist nach wie vor ein Problem. Mehr als 60% der Beschäftigten in Honduras und Guatemala, über ein Drittel der Lohnempfänger in Ghana, mehr als die Hälfte der Lohnempfänger in Kenia und ein Drittel der Bekleidungsarbeiter/innen in Indonesien bekommen weniger als den gesetzlichen Mindestlohn gezahlt.¹⁴



Grafik: Mindestlohniveaus im Vergleich zu den von den Gewerkschaften geforderten existenzsichernden Mindestlöhnen (USD), ausgewählte Länder¹⁵



Quelle: IGB-Fragebögen, Angaben von nationalen Ministerien und Datenbank für Mindestlohniveaus. Aus regionalen Mindestlohnforen hervorgegangene Lohnforderungen der Gewerkschaften.



Sozialschutz

Sozialschutz ist bei der Bekämpfung der Armut, beim Abbau der Ungleichheit und bei der Förderung des Wachstums unerlässlich. Einkommenshilfen und -leistungen fungieren als wichtige wirtschaftliche Stabilisatoren, wenn es um den Aufbau und Erhalt nachhaltiger Marktwirtschaften mittels der Gesamtnachfrage geht.

Dennoch geht die IAO davon aus, dass lediglich 28% der Menschen umfassend sozial abgesichert sind,¹⁶ obwohl das IAO-Übereinkommen 102 und die Empfehlung 202 die Regierungen dazu verpflichten, allen Menschen einen angemessenen Basisschutz zu garantieren. Durch die im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise in vielen Ländern vorgenommenen Kürzungen bei den Sozialleistungen ist die Kluft zwischen Arm und Reich noch größer geworden. Inzwischen stellt eine schrumpfende Einnahmebasis mancherorts eine Gefahr für die Angemessenheit und Nachhaltigkeit der Sozialschutzsysteme dar.

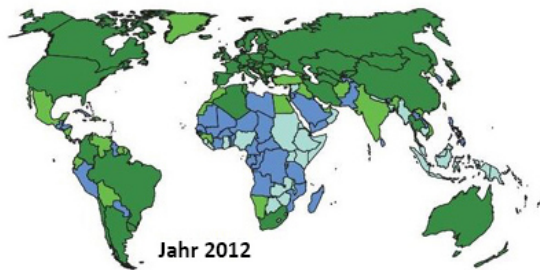
Regierungen und internationale Institutionen berufen sich häufig auf die „Unbezahlbarkeit“ von Systemen des sozialen Schutzes für alle. Schätzungen der IAO zufolge würde das Angebot eines sozialen Basisschutzes jedoch weniger als 2% des BIP kosten, und ein bestimmtes Maß an grundlegenden Leistungen für alle, die keinen Zugang zum sozialen Netz haben, würde weniger als 6% des BIP kosten.¹⁷ Bei der Abschätzung der Auswirkungen auf den Haushalt ist es wichtig, sich in Erinnerung zu rufen, dass der Sozialschutz auch die Beschäftigung fördert und Arbeitsplätze schafft, die Kompetenzentwicklung unterstützt und zum Wirtschaftswachstum beiträgt.

¹⁴ IAO (2014) Incumplimiento con el salario mínimo en América Latina. El peso de los factores económicos e institucionales; Bhorat, Kanbur and Stanwix (2015) Minimum Wages in Sub-Saharan Africa: A Primer; IAO (2016) 'Weak minimum wage compliance in Asia's garment industry' ¹⁵ Anm.: Bei unterschiedlichen Mindestlöhnen in einzelnen Regionen oder Sektoren wurde der niedrigste Betrag berücksichtigt.

¹⁶ IAO (2014) Weltbericht zur sozialen Sicherung 2014-2015

¹⁷ IGB-Frontlines-Bericht: 2014 (April): Sozialschutz http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ituc_frontlines_avril_2014_en_web.pdf

Grafik: Gegenden mit gesetzlichen Sozialschutzprogrammen

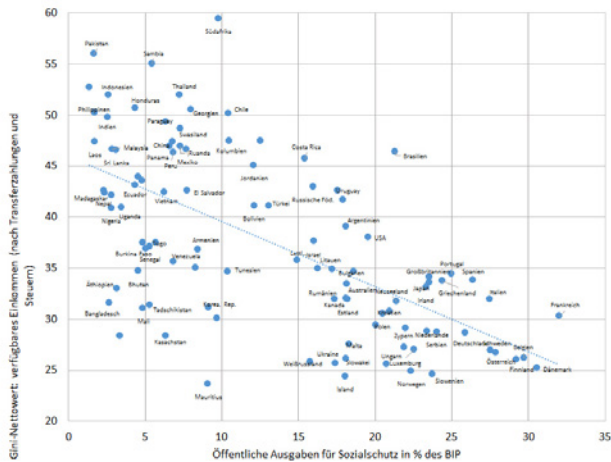


Gesetzlicher Schutz

- Keiner
- Sehr begrenzt (1-4 Politikbereiche)
- Begrenzt (5-6 Politikbereiche)
- Nahezu umfassend (7 Politikbereiche)
- Umfassend (alle Politikbereiche)

Quelle: Weltbericht der IAO zur sozialen Sicherung 2014-2015

Grafik: Öffentliche Ausgaben für Sozialschutz (in % des BIP) und Einkommensgleichheit (Gini-Koeffizient)



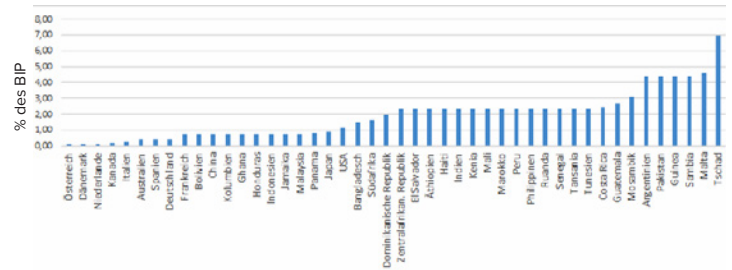
Quelle: Weltbericht der IAO zur sozialen Sicherung 2014-2015

Faire Besteuerung

Unzureichende steuerpolitische Maßnahmen ermöglichen es den größten Unternehmen und den wohlhabendsten Einzelpersonen, sich der Zahlung ihres gerechten Anteils zu entziehen. In manchen Ländern durchgeführte Reformen zur Senkung der Steuern auf Arbeit oder Investitionen bzw. zur Erhöhung regressiver Steuerformen wie der Mehrwertsteuer (MwSt.) haben häufig die Wohlhabenden begünstigt und sich unverhältnismäßig stark auf einkommensschwache Gruppen ausgewirkt.¹⁸ Der IGB, die Zivilgesellschaft, Wissenschaftler und andere haben von den Regierungen hingegen wiederholt gefordert, ihre Steuerbasis zu erweitern, wie etwa durch eine Finanztransaktionssteuer (FTS).¹⁹ Steuervermeidung ist weit verbreitet und wird in vielen Ländern, wie auch auf inter-

nationaler Ebene unzureichend bekämpft. Laut OECD entgehen den Regierungen jedes Jahr zwischen 100 und 240 Milliarden \$ an Steuereinnahmen infolge von Gewinnkürzungen und Gewinnverlagerungen multinationaler Unternehmen.²⁰

Grafik: Geschätzte Steuerausfälle (in % des BIP)



Quelle: Tax Justice Network (2017), basierend auf Daten der ICTD-WIDER-Datenbank zu Staatseinnahmen



Es bringt alles nichts.
Ich verdiene 128 \$ pro Monat. Ich müsste jeden Monat 24 Stunden pro Tag, sieben Tage die Woche und mehr arbeiten, um über die Runden zu kommen.
Nach Miete und Essen bleibt nichts übrig.

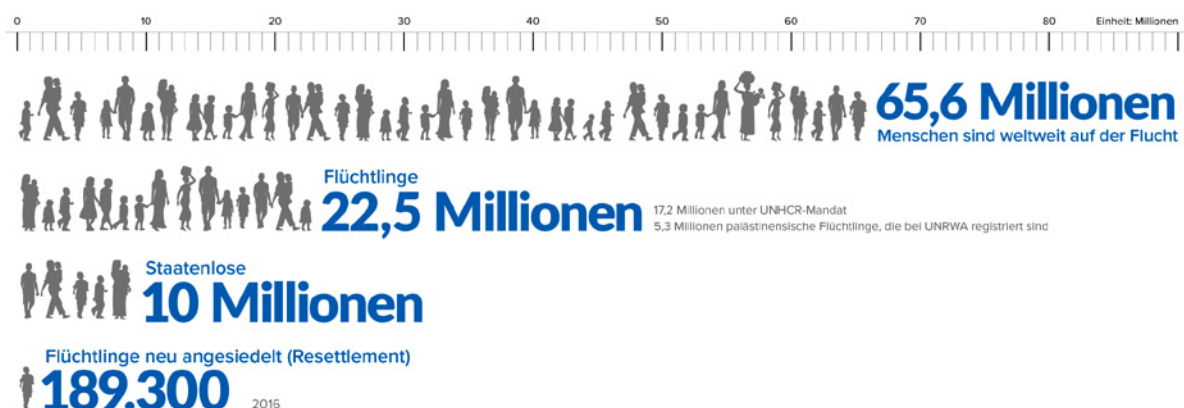
Mercy, 29, Bekleidungsbranche, Forever

¹⁸ OECD (2011) Divided We Stand: Why Inequality Keeps Rising

¹⁹ Vgl. beispielsweise IGB (2012) Finanztransaktionssteuer-Notiz für Rio + 20: https://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/ftt_madesimple.pdf

²⁰ OECD (2015) Measuring and Monitoring BEPS, Action 11

4. Die Konflikte weiten sich aus und mehr Menschen flüchten



Aus den Zahlen des UNHCR geht hervor, dass es noch nie so viele Vertriebene gab wie heute.²¹ Die Vereinten Nationen haben sich jetzt zu einem Pakt für Migration verpflichtet, aber es muss auch eine parallele Verpflichtung zur gemeinsamen Wiederansiedlung der Flüchtlinge geben, inklusive des Rechtes auf Arbeit und Gleichbehandlung. Die Entwicklungs-herausforderungen sind größer denn je, und die Welt muss den Wohlstand teilen, um Frieden, Demokratie, Koexistenz und eine Welt ohne Terror zu garantieren.

Unsere Ordnungsstrukturen haben sich bislang als unfähig erwiesen, die Migrationsherausforderung in angemessener Weise anzugehen. Es gibt Millionen Vertriebene, und der Populismus schürt Fremdenfeindlichkeit und Nationalismus, Autoritarismus und selbst Diktaturen. Die Politik der Angst zerreißt unsere Demokratien, weil die Menschen das Vertrauen in die heutigen Institutionen verlieren. Dieses Vertrauen kann nur durch faire Maßnahmen im Interesse aller zurückgewonnen werden.

Gewalt ist nie die Lösung, und überall dort, wo es zu Machtmissbrauch seitens des Militärs oder der Polizei kommt, ist ein Dialog unerlässlich.

In den Demokratien Australien, Kanada, Deutschland, Großbritannien, Niederlande, Schweden und USA sind junge Menschen mehrheitlich der Meinung, dass die Demokratie eine schlechte Regierungsform ist.²³

Aktuelle oder potenzielle Krisengebiete:

Jede der nachstehend beschriebenen Situationen verkörpert eine bereits eingetretene oder potenzielle humanitäre Krise, bei der Verletzungen und der Verlust von Menschenleben durch Obdachlosigkeit und Hunger weiter verschärft werden können, bei der die Menschen ohne Arbeit, Einkommenssicherheit und jegliche soziale Absicherung dastehen. Schulen und Krankenhäuser sind unerreichbar für Millionen flüchtende Menschen, die allzu häufig an Grenzen zurückgewiesen, aus Zufluchtsländern deportiert oder jahrzehntelang in Flüchtlingslagern untergebracht werden.

In Australien sind lediglich 60% der Menschen der Ansicht, dass die Demokratie einer anderen Regierungsform vorzuziehen ist. Mehr als ein Drittel geben an, dass unter bestimmten Umständen eine undemokratische Regierung besser sein könnte.²²

²¹ <http://www.unhcr.org/uk/news/latest/2016/6/5763b65a4/global-forced-displacement-hits-record-high.html>

²² https://www.nytimes.com/interactive/2017/06/20/world/australia/lowy-institute-poll-australia-united-states-china.html?_r=0

²³ https://www.washingtonpost.com/news/wonk/wp/2016/12/08/yes-millennials-really-are-surprisingly-approving-of-dictators/?utm_term=.4c6a5261772e



Syrien: Nahezu 500.000 Tote in sieben Jahren Krieg unter Beteiligung von Söldnern, Terroristen und Soldaten aus über 100 Ländern.

Mexiko: 86.000 Menschen in zehn Jahren Drogenkrieg niedergemetzelt.

Mali: 4.000 Terrortote seit 2012.

Afghanistan: Die Taliban gewinnen wieder an Macht, während Koalitionstruppen anderswo stationiert werden, um die Terrororganisation 'Islamischer Staat' (IS) zu bekämpfen.

Jemen: 7.000 Tote in den letzten beiden Jahren des Konfliktes.

Ostchinesisches Meer: Der Territorialkonflikt um die Senkaku-/Diaoyu-Inseln führt zu einer Eskalation der Spannungen mit Japan.

Südchinesisches Meer: Umstrittenes Gebiet birgt die Gefahr eines Militärkonfliktes zwischen China und südostasiatischen Staaten.

Pakistan: Mehr als 20 tödliche Terroranschläge, hauptsächlich durch die Taliban, im Jahr 2017.

Irak: Teil des Krieges in der Region gegen den IS.

Libanon: Syrische Flüchtlinge machen mittlerweile ein Viertel der Bevölkerung aus, und die Spannungen zwischen den Konfessionen nehmen zu, während sich der IS mit der militanten schiitischen Hisbollah Gefechte liefert.

Libyen: Mindestens 35.000 Tote seit dem Beginn des Arabischen Frühlings, und der Kampf gegen Al-Qaida und den IS geht weiter.

Demokratische Republik Kongo: Bis zu 5 Millionen Tote seit 1994 und mehr als 70 immer noch kämpfende Gruppen.

Somalia: Zahlreiche Anschläge der Al-Shabaab-Miliz, wobei auch der IS versucht, diese Kämpfer zu rekrutieren.

Indien: Gefahr eines Konfliktes in Kaschmir trotz des Waffenstillstandes mit Pakistan seit 2003. Erhöhte Terrorgefahr durch von Pakistan aus operierende militante Gruppen.

Palästina: Die israelische Besatzung dauert an, und die rechtswidrigen Siedlungen werden ausgeweitet, ohne Aussicht auf einen Friedensvertrag.

Südsudan: Über 50.000 Tote und mehr als 1,6 Millionen Vertriebene seit dem Kriegsausbruch 2013.

Ägypten: Die Demokratiedividende des Arabischen Frühlings wurde größtenteils zu nichtemacht, und die Zahl der Terroranschläge ist so hoch wie seit den 1990er Jahren nicht mehr, mit der Gefahr einer dauerhaften Basis für den IS.

Ukraine: Die Spannungen nach der Annexionierung der Krim halten an, wobei die Verletzungen des Waffenstillstands sowie die jüngste Zunahme der Gewalt und der zivilen Opfer Anlass zur Besorgnis über eine weitere Eskalation geben.

Nigeria: Nahezu 50.000 Menschen sind während des Krieges zwischen den Streitkräften des Regimes und der mit dem IS verbündeten Terrorgruppe Boko Haram seit dem Beginn des bewaffneten Konfliktes im Jahr 2011 ums Leben gekommen. In der Region des Tschadsees, zu der Nigeria, Kamerun, der Tschad und Niger gehören, sind seit dem Beginn des bewaffneten Feldzuges von Boko Haram im Jahr 2009 mindestens 20.000 Menschen getötet und mehr als 2,6 Millionen obdachlos geworden.

Kamerun: Der Konflikt mit Boko Haram betrifft auch Kamerun, wo rund 200.000 Menschen aus dem äußersten Norden des Landes aus Angst vor Gewalt geflüchtet sind. Es wird erwartet, dass sich Präsident Paul Biya nach 35 Jahren an der Macht im Jahr 2018 erneut zur Wiederwahl stellen wird, woraufhin es zu weiteren Unruhen kommen könnte.

Diese Länder geben aufgrund der sich verschlechternden Lage bezüglich der Rechte und Freiheiten den größten Anlass zur Besorgnis:

Myanmar: Die internationale Gemeinschaft hat die Regierung aufgefordert, die Kontrolle zu übernehmen und das Militär dazu zu zwingen, die Verfolgung der Rohingya zu beenden. Es muss ein Dialog stattfinden, um dieser muslimischen Minderheit eine friedliche Koexistenz innerhalb der Landesgrenzen zu ermöglichen.

Türkei: Der demokratisch gewählte Präsident Recep Tayyip Erdoğan ist zu einem Diktator geworden, der die gesamte Opposition bzw. als Opposition wahrgenommene Kreise zum Schweigen bringt und mehr als 100.000 Staatsbedienstete entlassen hat, nachdem ein Putschversuch im Juli 2016 gescheitert war.²⁴ Darüber hinaus wurden rund 150 Journalisten verhaftet,²⁵ es wird über Folter in türkischen Gefängnissen berichtet,²⁶ Diplomaten wurden ausgewiesen, und Proteste der Gewerkschaften oder der Zivilgesellschaft werden gewaltsam unterdrückt.

Brasilien: Gerade als die Menschen in dieser jungen Demokratie dabei waren, die Last der Militärherrschaft abzuschütteln und eine egalitäre, auf Rechten basierende Nation mit geteiltem Wohlstand aufzubauen, fällt das Land einem politischen Putsch zum Opfer. Die gestohlene Macht wird dazu benutzt, um die Arbeitnehmerrechte zu beschneiden, die Löhne zu kürzen, den Sozialschutz abzubauen und Beschäftigte in der Landwirtschaft sogar zu versklaven.

Philippinen: Der neue Präsident, dieses Mal gewählt, veranlasst und sanktioniert Morde an bestimmten Gruppen von Bürgern, von denen er und seine niemandem verantwortliche Polizei beschlossen haben, dass sie Verbindungen zum Drogenhandel haben. Er hat wegen Terrorbedenken das Kriegsrecht über die größtenteils muslimische Bevölkerung von Mindanao verhängt, und führende Vertreter der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft fürchten um ihre Sicherheit.

Kambodscha: Im Vorfeld der Parlamentswahlen im Juli nächsten Jahres ist die Vereinigungsfreiheit in Gefahr. Im September wurde der Oppositionschef wegen Hochverrats verhaftet, und anschließend wurden 15 Radiosender und die Tageszeitung 'The Cambodia Daily' geschlossen. Nichtstaatliche Organisationen müssen ihre Arbeit einstellen, während unabhängige Gewerkschaften als Teil der Opposition verschrien und diskriminiert werden. Mindestens 70 unabhängige Gewerkschaften sind im Rahmen des neuen Gesetzes nicht mehr in der Lage, ihre Zulassung zu behalten oder ihre Mitglieder bei Arbeitskonflikten oder Tarifverhandlungen zu vertreten. Das anstehende Mindestlohngesetz wird sogar unabhängige Untersuchungen zu Lohnfragen sowie Proteste im Zusammenhang mit dem Mindestlohn verbieten.

24 <https://www.theguardian.com/world/2017/jul/15/turkey-sacks-over-7000-civil-servants-for-alleged-links-to-terror-groups>

25 <https://www.pri.org/stories/2017-06-28/turkey-jails-more-journalists-any-other-nation-those-detention-are-all-terrorists>

26 <https://www.theguardian.com/law/2017/apr/05/briton-rosslee-charles-escapes-turkey-extradition-court-hears-prison-torture>

Kolumbien: Frieden schaffen

Die kolumbianische Gewerkschaftsbewegung unterstützt eine Verhandlungslösung für den internen bewaffneten Konflikt und hat sich uneingeschränkt hinter den Friedensvertrag mit der FARC gestellt. Der Vertrag befindet sich jetzt in der entscheidenden Umsetzungsphase, und die Gewerkschaften überall auf der Welt müssen wachsam sein, damit die nachstehenden zentralen Forderungen Realität werden:

- Die Kommission für Wahrheitsfindung, Koexistenz und Nicht-Wiederholung muss für die wirksame Einbeziehung der Gewerkschaften sorgen, damit auch Fakten im Zusammenhang mit gewerkschaftsfeindlicher Gewalt in den Prozess einfließen.
- Eine Politik der „vollständigen Wiedergutmachung“ gegenüber der Gewerkschaftsbewegung ist eine wesentliche Voraussetzung für die Schaffung eines dauerhaften Friedens. Dieser Prozess muss auf der wirksamen Förderung der Menschen- und Gewerkschaftsrechte basieren, einschließlich Rechtsreformen, des Wiederaufbaus aufgelöster Gewerkschaftsorganisationen, der Wiederherstellung des Tarifprozesses und der Gewährleistung einer Entschädigung der Opfer.
- Gewerkschaftsorganisationen müssen durch Maßnahmen gestärkt werden, die für die Wiederherstellung ihrer politischen und materiellen Kapazitäten sorgen und ihrem Wachstum förderliche Rahmenbedingungen schaffen.

Eine beispiellose Herausforderung:

Auch die verheerenden Folgen des Klimawandels dürfen nicht vergessen werden. Extreme Wetterereignisse haben in diesem Jahr Hurrikans verursacht, die auf den karibischen Inseln und im Süden der USA Chaos angerichtet haben, ebenso wie Überschwemmungen und Erdbeben in Sierra Leone und Südasien.

Das aktuelle humanitäre System wurde in den 1960er und 1970er Jahren geschaffen, um eine bestimmte Art humanitärer Krise zu bewältigen. Angesichts der Ausweitung der Konflikte in Verbindung mit häufigeren Naturkatastrophen infolge des Klimawandels ist dieses System heute nicht mehr in der Lage, angemessen zu reagieren.

Wir haben es nicht länger mit einer vorübergehenden Beeinträchtigung der Versorgung mit Lebensmitteln, Unterkünften und Transportmitteln zu tun, sondern mit einer langfristigen Unterbrechung der Bildungs- und Gesundheitsleistungen, der Versorgung mit Wasser, Unterkünften und sanitären Einrichtungen. Selbst dort, wo die Menschen wieder angesiedelt werden, kann der Rechtsrahmen ihre Möglichkeiten einschränken und zu weiteren sozialen Spannungen führen. In vielen Ländern haben Flüchtlinge keinen Zugang zu Jobs, Märkten und anderen Aktivitäten. Die rechtlichen Rahmenwerke, ebenso wie die Unterstützungsstrukturen, müssen geändert werden.

Dies erfordert eine Reform der Vereinten Nationen und eine neue Freigebigkeit reicherer Nationen zugunsten gestrandeter Menschen überall, ebenso wie Frieden und Demokratie.



5. Frieden, Demokratie und Freiheit zurückgewinnen

Die Menschen verlieren das Vertrauen in die Demokratie. Die Gewerkschaften müssen es zurückgewinnen. Wir haben die dafür notwendige öffentliche Unterstützung, da es 75% der Menschen für wichtig halten, dass die Gewerkschaften eine aktive Rolle in der Gesellschaft spielen.

Sozialer Zusammenhalt basiert auf Vertrauen, das wiederum von Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit abhängt.

Regierungen, Arbeitgeber und Gewerkschaften haben mit der Annahme der IAO-Empfehlung 205 im Juni 2017 die Bedeutung grundlegender Rechte bei der Konfliktvermeidung sowie beim Wiederaufbau und bei der Aussöhnung anerkannt. Daran werden wir uns orientieren, um unsere Agenda voranzubringen.²⁷

Zu den Grundvoraussetzungen für die Wiederherstellung des Vertrauens gehören:

- Sozialschutz für alle mit einem aus öffentlichen Mitteln finanzierten Gesundheits- und Bildungssystem
- hochwertige Arbeitsplätze
- eine Garantie für menschenwürdige Arbeit unter sicheren und gefahrenfreien Bedingungen, Vereinigungsfreiheit, einen existenzsichernden Mindestlohn, das Recht auf Tarifverhandlungen und Rechtsstaatlichkeit
- die Gewährleistung, dass Migranten und Flüchtlinge das Recht auf Arbeit und Gleichbehandlung haben

Und schließlich müssen die Unternehmen zur Verantwortung gezogen werden. Es muss eine obligatorische Sorgfaltspflicht, Beschwerdeverfahren und Abhilfe geben, um Verletzungen der Menschen- und der Arbeitnehmerrechte zu beenden.

Dialog und Entwicklung durch geteilten Wohlstand sind die Antwort. Die Menschen müssen darauf vertrauen können, dass sie an den Demokratiedividenden teilhaben werden. Sonst werden sie die Hoffnung verlieren.

IGB-Konferenz „Frieden und Freiheit“

Am 11. und 12. Dezember organisiert der IGB in Brüssel eine internationale Konferenz zum Thema Frieden und Freiheit. Ziel dieser Konferenz ist es, auf der Arbeit erfahrener Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter aufzubauen, aber auch jüngere Kolleginnen und Kollegen in die Agenda für Frieden und Demokratie einzubinden, indem ihre Erfahrungen ebenfalls berücksichtigt werden. Ferner wird es um die Umsetzung der IAO-Empfehlung 205 und um die Arbeit an Partnerschaften für die Gewerkschaften in Ländern gehen, die sich Konflikten oder einem Wiederaufbau gegenübersehen.



ITUC CSI IGB

²⁷ http://www.ilo.org/dyn/normlex/en/f?p=NORMLEXPUB:12100:0::NO::P12100_ILO_CODE:R205

Katastrophen 2017

Von ReliefWeb verfolgte aktuelle Katastrophen

Rote Markierungen für anhaltende Katastrophensituationen. Orange Markierungen für Katastrophenwarnungen.



Tropensturm Nate – Oktober 2017: Anfang Oktober 2017 wurden Teile Mittelamerikas durch Überschwemmungen und Erdrutsche infolge des 16. tropischen Tiefdruckgebiets der Saison verwüstet. Neben Schäden an der Infrastruktur und einer Beeinträchtigung der Lebensmittelversorgung wurde über Dutzende Tote in Nicaragua, Guatemala, Costa Rica, Honduras und Panama berichtet.

Togo: Überschwemmungen – September 2017: Bis zum 28. September waren insgesamt 602 Haushalte bzw. 3.612 Menschen vom Überlaufen des Nangbeto-Staudamms betroffen.

Vanuatu: Vulkan Monaro wieder aktiv – September 2017: Am 23. September 2017 wurde für den Vulkan Monaro auf der Insel Ambae in der Provinz Penama die Warnstufe auf 4 (moderate Ausbruchsgefahr) erhöht.

Indonesien: Vulkan Agung – September 2017: Die zunehmende Aktivität des Vulkans Agung auf der indonesischen Insel Bali seit dem 10. August 2017 hat die Behörden dazu veranlasst, die höchste Warnstufe auszurufen. Aus einem Umkreis von 12 km um den Vulkan herum wurden Menschen evakuiert.

Mexiko: Erdbeben – September 2017: Am 19. September kamen bei einem Erdbeben der Stärke 7,1 in der Mitte und im Süden Mexikos Regierungsangaben zufolge mehr als 200 Menschen ums Leben.

Südsudan: Überschwemmungen – September 2017: Angaben des Gesundheitsministeriums zufolge sind von den Überschwemmungen nach starken Regenfällen in 11 Verwaltungsbezirken in Aweil North und Aweil West des früheren Bundesstaates Northern Bahr el Ghazal mehr als 11.000 Menschen betroffen.

Hurrikan Maria – September 2017: Mindestens 14 Menschen sind auf der Karibikinsel Dominica durch den Hurrikan der Kategorie 5 ums Leben gekommen, wobei vor Ort davon ausgegangen wird, dass die Zahl der Toten weiter steigen wird, nachdem Maria die Ostküste der Insel verwüstet hat und große Teile dort nach wie vor unzugänglich sind. Mindestens 80 Prozent der Inselbevölkerung sind betroffen und benötigen Unterstützung in Form von Unterkünften und Trinkwasser. (21. September)

Ruanda: Lokale Unwetter – September 2017: Am 17. September 2017 waren die Bezirke Rusizi, Nyamasheke, Huye, Bugesera, Gicumbi, Ngoma, Kirehe, Rubavu and Nyabihu gegen 15:30 Uhr Ortszeit von schweren Regenfällen und starken Stürmen betroffen, durch die Häuser und Agrarland zerstört wurden.

Madagaskar: Pest-Ausbruch – September 2017: Am 13. September 2017 wurde die WHO über den Ausbruch der Lungenpest in Madagaskar unterrichtet. Der Ausbruch war am 11. September 2017 festgestellt worden. Bis zum 14. September 2017 waren insgesamt 28 Fälle, darunter fünf Todesfälle (Todesfallrate: 17,8%), gemeldet worden.

Mexiko/Guatemala: Erdbeben – September 2017: Angaben der britischen BBC zufolge hat am Donnerstag, 7. September 2017, um 23:50 Uhr Ortszeit (Freitag, 04:50 Uhr GMT) ein Erdbeben der Stärke 8,1 auf der Richter-Skala die Pazifikküste Mexikos etwa 87 km südwestlich von Pijijiapan erschüttert.

Hurrikan Irma – September 2017: Auf Kuba hat Hurrikan Irma Berichten zufolge zahlreiche Häuser in der Provinz Ciego de Ávila zerstört. In Chambas wurden 47,4% der Häuser beschädigt, in Bolivia 38,4%, in Moron 29,3% und in Júcaro mehr als 50%.

Pakistan: Dengue-Ausbruch – September 2017: Das pakistanische Gesundheitsministerium hat in der letzten Zeit über eine hohe Zahl von Denguefieber-Fällen in der Provinz Khyber Pakhtunkhwa (KPK) berichtet. Im Juli und August 2017 wurde von insgesamt 1.279 laborbestätigten Fällen gesprochen.

Äthiopien: Überschwemmungen – August 2017: In den Regionen Gambella und Oromia waren in den Monaten August und September mehr als 53.000 Menschen von Überschwemmungen betroffen. Berichten zufolge fehlte es an Notunterkünften und dringenden Versorgungsgegenständen.

Zentralafrikanische Republik: Überschwemmungen – August 2017: In der 415 km von der Hauptstadt Bangui entfernten Stadt Kouango ist es seit dem 23. August zu Überschwemmungen gekommen, die erhebliche materielle und menschliche Schäden angerichtet haben. In ersten Berichten heißt es, dass 350 Haushalte bzw. 1.750 Menschen von dieser Tragödie betroffen seien.

DR Kongo: Erdrutsch – August 2017: Es wird davon ausgegangen, dass mindestens 150 Menschen ums Leben gekommen sind und schätzungsweise 70 Häuser zerstört wurden, nachdem in der Nacht vom 15. auf den 16. August eine Schlammlawine das Fischerdorf Tara in der Provinz Ituri überrollte.

Tschad: Cholera-Ausbruch – August 2017: Am 15. August 2017 hat das Gesundheitsministerium des Tschad die WHO über einen vermuteten Cholera-Ausbruch im Bezirk Koukou in der Region Sila im Südosten des Landes (an der Grenze zum Sudan) unterrichtet.

Sierra Leone: Schlammlawinen – August 2017: Dreitägige schwere Regenfälle haben am 14. August in der Hauptstadt Freetown Sturzfluten und massive Erdrutsche ausgelöst. Am schlimmsten betroffen waren die Bezirke Regent und Lumley, wo eine Schlammlawine von sechs Kilometern mehr als 300 Häuser überrollte und zerstörte.

Nigeria: Überschwemmungen – August 2017: Nach Überschwemmungen an verschiedenen Orten im Nordosten des Landes waren Straßen nicht mehr befahrbar und Hubschrauber konnten nicht landen. Hilfskonvois auf dem Landweg nach Rann, einen entlegenen Ort im Bundesstaat Borno, wo rund 43.000 Vertriebene untergebracht sind, sind extrem schwierig geworden.

Tropensturm Franklin – August 2017: Tropensturm Franklin traf am Montag, 7. August, um 22:45 Uhr Ortszeit (Dienstag, 03:45 Uhr GMT) in der Nähe der Stadt Pulticub im südöstlichen mexikanischen Bundesstaat Quintana Roo die Halbinsel Yucatan, wie der staatliche mexikanische Wetterdienst berichtete.

Kamerun: Sturzfluten – August 2017: Seit dem 4. August 2017 sind im Bezirk Menoua in der Region Ouest starke Regenfälle niedergegangen, durch die die Wasserstände erheblich gestiegen sind und Erdrutsche ausgelöst wurden.

